

Vergleich der Positionen der aussichtsreichsten Listen bei den Europawahlen 2019 in Frankreich

Die thematisch sehr ähnlichen Programme von **Europe Écologie Les Verts (EELV)** und **Envie d'Europe** (einem Wahlbündnis an dem auch die **Parti Socialiste** beteiligt ist), werden in einer gemeinsamen Spalte dargestellt. Positionen, die nur eine der beiden Gruppierungen vertritt, sind durch (EELV) oder gekennzeichnet (Envie d'Europe). Jeweils übereinstimmende Positionen sind über mehrere Spalten verteilt.

Rassemblement national (früher Front National)	Les Républicains	Renaissance (Wahlbündnis an dem auch La République en Marche beteiligt ist)	Europe Écologie Les Verts (EELV) Envie d'Europe (Wahlbündnis an dem auch die Parti Socialiste beteiligt ist)	La France insoumise
Umwelt- und Agrarpolitik				
<ul style="list-style-type: none"> Einführen von außerhalb der EU besteuern und im Gegenzug kurze, nachhaltige Wirtschaftskreisläufe innerhalb der EU steuerlich entlasten Gemeinsame Agrarpolitik der EU aufgeben Französische Bedürfnisse über inländische Produktion decken Französische Agrarprodukte mit eigenem Qualitätssiegel exportieren 	<ul style="list-style-type: none"> Alle Produkte, die in die EU eingeführt werden, gemäß dem CO₂-Ausstoß, der bei ihrer Produktion und ihrem Transport entstanden ist, besteuern („grüner Protektionismus“) CO₂-Ausstoß der EU-Länder bis 2050 auf null reduzieren Umsetzung eines europäischen Plans für das Klima, den ein europäischer Kommissar für das Klima und die Biodiversität begleitet Kreislaufwirtschaft stärken und Recycling verbessern Keine höheren Energiesteuern für Haushalte und Unternehmen Reduzierung des Agrarbudgets der EU verhindern Massive Unterstützung junger Landwirte Beihilfen für einen Umstieg auf Biolandwirtschaft erhöhen 	<ul style="list-style-type: none"> Europäischer Nachhaltigkeitspakt, der die Mitgliedsstaaten der EU dazu verpflichtet, ökologische Schulden zu reduzieren Gründung einer „Klimabank“, die die Ersparnisse der Europäer für „grünes Wachstum“ einsetzt Flugverkehr besteuern Verkauf von Diesel- und Benzinautos bis 2040 verbieten Bis 2050 europaweit alle Kraftwerke, die mit fossilen Energien betrieben werden, schließen Verwendung von Pestiziden bis 2025 halbieren und die des Düngemittels Glyphosat bis 2021 verbieten Agrarsubventionen vorzugsweise an kleinere Betrieben und für nachhaltige Produktionsarten vergeben 	<ul style="list-style-type: none"> Europäischer Umweltvertrag, der die Ökologie zu einer europäischen Norm erhebt und mit der gewinnorientierten Logik früherer Verträge bricht (EELV) Über einen Zeitraum von fünf Jahren 500 Mrd. € (EELV) bzw. 400 Mrd. (Envie d'Europe) in klimafreundliche Maßnahmen investieren Ausstieg aus der Nutzung von fossilen Energieträgern und der Atomenergie zwischen 2030 und 2050 (EELV) Agrarsubventionen nur für kleinere Betriebe und Bio-Landbau, Bio-Quote von 30 % bis 2025, von 100 % bis 2050 (EELV) Einsatz von Pestiziden und gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft verbieten (EELV) 	<ul style="list-style-type: none"> Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 auf eine Menge reduzieren, die das Ökosystem auffangen kann Bis 2030 45 % der Energiebedürfnisse aus erneuerbaren Energien decken Europaweiter Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger und der Atomenergie bis 2050 Einführung einer CO₂- und Kerosin-Steuer Gründung eines internationalen Gerichtshofs für die Verurteilung ökologischer Verbrechen (Ökozide), die Staaten und Konzerne begehren Europäische Souveränität in Ernährungsfragen: europäische Produktion mit hohen Qualitätsansprüchen gewährleisten und vor Billigimporten schützen, kein Export von Massenproduktion ins Ausland
Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik				
<ul style="list-style-type: none"> Anrecht auf Asyl drastisch einschränken, Stopp jeglicher Zuwanderung nach Frankreich Kooperativer Schutz der EU-Außengrenzen, innereuropäische Grenzkontrollen wieder einführen Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung und Islamisten systematisch abschieben Intensive Zusammenarbeit von Polizei und Justiz im Kampf gegen den Terrorismus 	<ul style="list-style-type: none"> Zentren im Nahen Osten und am südlichen Mittelmeerufer einrichten, in denen Asylanträge für EU-Länder gestellt und bearbeitet werden Innereuropäische Grenzkontrollen wieder einführen, Budget für den Schutz der EU-Außengrenzen verdreifachen Migranten, die auf dem Mittelmeer aufgegriffen werden, an die afrikanische Küste zurückbringen Für einen effizienteren Kampf gegen den Terrorismus Finanzierung von Europol und Eurojust erhöhen 	<ul style="list-style-type: none"> Asylkriterien in den EU-Mitgliedsstaaten vereinheitlichen Koordination der Arbeit der nationalen Asylagenturen durch ein europäisches Büro für Asyl Für den Schutz der EU-Außengrenzen Missionen von Frontex ausweiten und die Zahl ihrer Beamten auf 10.000 erhöhen EU-Mitglieder, die für ihre Bürger einen freien Zugang zum Schengen-Raum fordern, müssen sich an einer gemeinsamen Asylpolitik beteiligen 	<ul style="list-style-type: none"> Abkommen von Dublin aussetzen (Envie d'Europe) Agentur einrichten, die den Umgang mit und die Verteilung von Asylanten für alle EU-Mitglieder regelt (Envie d'Europe) Europäischen Hilfseinsatz im Mittelmeer organisieren, damit keine Flüchtlinge mehr auf dem Weg nach Europa ertrinken (Envie d'Europe) 	<ul style="list-style-type: none"> Für eine würdige Betreuung von Asylanten EU-Mittel einsetzen EU-Außengrenzen nicht mit immer mehr Mitteln zu militärischen Befestigungsanlagen ausbauen Fluchtursachen vor Ort bekämpfen Handelsabkommen mit Entwicklungsländern, die deren wirtschaftlicher Entwicklung schaden, kündigen Zivile europäische Eingreiftruppe gründen, die Flüchtlingen auf dem Mittelmeer zu Hilfe kommt

Sicherheitspolitik				
	<ul style="list-style-type: none"> Engere Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung, europäische Verteidigungsmittel aus europäischer Produktion beschaffen und vereinheitlichen 	<ul style="list-style-type: none"> Europäischer Vertrag über Sicherheit und Verteidigung, um sich wechselseitig unterstützen und gemeinsam intervenieren zu können 	<ul style="list-style-type: none"> Europäische Zusammenarbeit für Verteidigung intensivieren und Rüstungsausgaben besser verteilen (Envie d'Europe) 	<ul style="list-style-type: none"> Nein zu einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, da diese per se NATO unterstellt ist und sich gegen Russland richtet
Wirtschafts- und Sozialpolitik				
	<ul style="list-style-type: none"> Erasmus-Programm erweitert fortführen und auch für Schüler und Auszubildende öffnen 			
<ul style="list-style-type: none"> Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern aussetzen Keine Harmonisierung der Sozialstandards, da dies zu Lasten der Franzosen geht Recht, im Sinne eines „ökonomischen Patriotismus“ inländische Firmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu bevorzugen Firmen, die darauf verzichten, Arbeit ins Ausland zu verlagern und dafür inländische Arbeitskräfte beschäftigen, belohnen Freihandelsabkommen kündigen, um weite Transportwege und Billigimporte zu vermeiden 	<ul style="list-style-type: none"> Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern: Für entsandte Arbeitskräfte werden Sozialabgaben in dem Land bezahlt, in dem sie tätig sind 	<ul style="list-style-type: none"> Europaweit eine Finanztransaktionssteuer einführen In jedem EU-Land einen Mindestlohn einführen: der dem dortigen Lohnniveau entspricht (Renaissance), der 65 % des dortigen Durchschnittslohns entspricht (Envie d'Europe), der 75 % des dortigen Durchschnittslohns entspricht (France insoumise) Die Entsenderichtlinie überarbeiten: An einem Ort für gleiche Arbeit gleichen Lohn bezahlen und gleiche Arbeitskosten abführen, Sozialbeiträge dem jeweils höheren Niveau anpassen 		
	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmenssteuern innerhalb der EU harmonisieren Digitalunternehmen (GAFAM) wie kleinere und mittlere Unternehmen besteuern 			<ul style="list-style-type: none"> Mindeststeuer für Unternehmen festlegen, die europaweit gilt Europaweit die maximal erlaubte Arbeitszeit pro Woche senken Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern abschaffen Maximallohn einführen: Der Bestverdienende soll nur 20mal so viel verdienen dürfen wie derjenige, der am schlechtesten verdient Die Privatisierung von öffentlichen Diensten, die für den Energiewandel nötig sind, stoppen Zollschranken innerhalb der EU nach Ländergruppen einführen
	<ul style="list-style-type: none"> Kein Ausstieg aus dem Euro, da dies ein zu großes Risiko für Kaufkraft, Ersparnisse und Firmen darstellen würde Die internationale Stellung des Euro stärken und ihn so als Alternative zur internationalen Leitwährung Dollar ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> Eigenes Budget für die Eurozone, das dazu dient, Investitionen zu finanzieren, wirtschaftliche Unterschiede auszugleichen und Krisen abzufedern Programm „Made in Europe 2024“ zur finanziellen Unterstützung von Großunternehmen in strategisch wichtigen Sektoren (u.a. erneuerbare Energien und Künstliche Intelligenz) und kleineren und mittleren Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> Umsetzung einer europäischen Industriepolitik, die im Einklang mit dem Kampf gegen den Klimawandel und dem Bemühen um soziale Gerechtigkeit steht. Vernetzung von Betrieben in strategisch wichtigen Sektoren (Envie d'Europe) Öffentliche Aufträge vorzugsweise an europäische Firmen vergeben, um heimische Firmen zu stärken und möglichst nachhaltig zu wirtschaften (Envie d'Europe) 	
	<ul style="list-style-type: none"> Um die Entstehung weiterer europäischer Großunternehmen wie Airbus zu ermöglichen, muss die Wettbewerbspolitik neu geregelt werden 			
Reformen und Erweiterung der Europäischen Union				
<ul style="list-style-type: none"> „Europäische Zivilisation“, die jüdisch-christlichen Wurzeln Europas, sein griechisch-romanisches Erbe und die Errungenschaften der Aufklärung bewahren 		<ul style="list-style-type: none"> EU-Parlament die Möglichkeit geben, europäische Gesetzesinitiativen zu starten Unabhängige Einrichtung installieren, die dafür sorgt, dass ethische Regeln in allen EU-Institutionen eingehalten werden (Envie d'Europe) 		<ul style="list-style-type: none"> Neufassung der europäischen Verträge, da diese die Grundursache für eine vom Kapitalismus dominierte EU sind. Ziel: Harmonisierung der sozialen und steuerlichen Rahmenbedingungen, ökologischer und solidarischer Protektionismus und eine Umverteilungspolitik Kompetenzen der EU-Kommission einschränken, nationalen Parlamenten die Möglichkeit geben, europäische Direktiven zu blockieren Die europäische Zentralbank (EZB) soll in Zukunft Beschäftigung und ökologischen Wandel fördern und die Möglichkeit erhalten, Schulden von EU-Mitgliedsländern aufzukaufen
<ul style="list-style-type: none"> Umwandlung der Europäischen Union in eine „Europäische Allianz der Nationen“: alleinige Richtlinienkompetenz für den Rat der Europäischen Union, EU-Kommission wird auf ein Generalsekretariat des Rats zurückgestuft Urteile des Europäischen Gerichtshofs oder des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sollen für nationale Gerichte nicht mehr bindend sein Keine Aufnahme der Türkei in die EU 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Erweiterung der EU um weitere Mitgliedsländer Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt sofort beenden Für ein „effizientes Europa“ gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder innerhalb der EU-Institutionen vorgehen, die „Norminflation“ stoppen und überflüssige EU-Normen abschaffen 	<ul style="list-style-type: none"> Die Vergabe von EU-Geldern daran knüpfen, ob der beantragende Staat rechtsstaatliche Normen einhält und sich um soziale Gleichheit bemüht. Eigenmittel der EU vergrößern ohne die Beiträge der EU-Mitglieder zu erhöhen 	<ul style="list-style-type: none"> Vereinfachtes Verfahren um Sanktionen gegen EU-Mitglieder, die rechtsstaatliche Normen nicht einhalten, durchzusetzen (Envie d'Europe) 	